

## Von der Politik “übersehen“ ...

### ... fühlen sich tausende MitarbeiterInnen der Kinder- und Jugendhilfe.

Der DÖJ (Dachverband Österreichischer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen) richtet einen dringenden Appell an die Öffentlichkeit. „Die Fachkräfte der Jugendhilfe fordern ab sofort, regelmäßige Testungen ihrer Mitarbeitenden in Bezug auf Corona und sie fordern, bei den ersten Impfungen berücksichtigt zu werden. SozialpädagogInnen leben tagtäglich mit 8.000 Kindern und Jugendlichen in Wohngemeinschaften auf engstem Raum zusammen, MitarbeiterInnen besuchen bzw. haben regelmäßig Kontakt mit 37.000 gefährdeten Kindern und Jugendlichen in ihrem familiären Umfeld“, rechnet Hubert Löffler, langjähriger Mitarbeiter in der Jugendhilfe und Geschäftsführer des DÖJ vor.

### Bundesländer haben Prüfung nicht bestanden

Die Jugendhilfeeinrichtungen sind die Rettungsschiffe für besonders gefährdete Kinder in unserer Gesellschaft. Die Verantwortung für die Kinder- und Jugendhilfe ist in der letzten blau-türkisen Regierung gegen die Empfehlung **aller** Fachleute in die alleinige Kompetenz der Bundesländer übergeben worden. Löffler: „Und jetzt zeigt sich, wie verheerend das ist. Obwohl man sich in einer 15-a Vereinbarung mit dem Bund zu gleichen Mindeststandards verpflichtet hat, werden diese in Bezug auf den Umgang mit der Corona-Krise völlig unterschiedlich gehandhabt!“ In manchen Bundesländern wurden die Jugendhilfe-Einrichtungen finanziell, mit Schutzmaterialien etc. gut unterstützt, in anderen wurde gar nichts gemacht. Während man der Wirtschaft von Bundesseite Mindereinnahmen vergütet, mutet man den Jugendhilfe-Einrichtungen fast alles zu, besser gesagt: man lässt sie im Stich. Man übersieht sie einfach!

- So verpflichten Länder die stationären Einrichtungen dazu, während des Lockdowns ihre Kinder nicht in die Schule zu schicken, geben aber gleichzeitig keinerlei Zusage, dass die Mehrkosten verrechnet werden können!
- Kaum eine Einrichtung hat die nötige EDV-Ausstattung, um Homeschooling überhaupt sinnvoll einsetzen zu können.
- Manche Bundesländer stellen auch jetzt schon Schnelltests zur Verfügung, andere begnügen sich mit der lapidaren Aufforderung, dass für kranke Kinder Meldepflicht bestehe.
- In einigen Bundesländern dürfen ambulante MitarbeiterInnen in stationären Bereichen aushelfen, in anderen dürfen sie das nicht.
- Ob Mitarbeitende in der Jugendhilfe als systemrelevant anzusehen sind - mit all den rechtlichen Folgen - wird in vielen Bundesländern von den regionalen Gesundheitsbehörden unterschiedlich entschieden.
- SozialarbeiterInnen in den Jugendämtern werden von ihrer Aufgabe der Abklärung von Gefährdung (Missbrauch, Gewalt, Verwahrlosung) abgezogen und hauptsächlich im Bereich des Corona contact tracing eingesetzt.

Daher appelliert der DÖJ im Namen seiner 150 Einrichtungen eindringlich an die verantwortlichen PolitikerInnen im Bund und Ländern, der Kinder- und Jugendhilfe endlich jene Aufmerksamkeit zu schenken, die ihr als wichtige relevante Systemeinrichtung für die Erhaltung und/oder Wiederherstellung des Kindeswohls gebührt. Dazu gehört im Moment ganz konkret, dass sobald wie möglich regelmäßige Schnelltests ermöglicht werden und eine generelle Zusage für die volle Abdeckung der Pandemie-bedingten Mehrkosten erteilt wird.